Namslauer Stadtblatt

Täglich erscheinende Zeitung für Stadt und Kreis Namslau.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden

Bezugs-Preise:

Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich sechsmal: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag und kostet in der Geschäftsstelle, sowie in den Verkaufsstellen monatlich 1,50 Goldmark. Postbezüge nur für den Kalendermonat. Offerten- und Auskunftsgebühr 30 Goldpfennig. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher übermittelter Anzeigen wird keine Gewähr geleistet.

Anzeigen-Preise:

Für die **einspaltige** Petitzeile oder deren Raum 15 Goldpfennig, für Auswärtige 25 Goldpfennig, im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die einspaltige Petitzeile 75 Goldpfennig. **Schluß der Anzeigenannahme bis 8 Uhr vormittags am Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor bis 10 Uhr vormittags.** — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — **Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.**

59. Jahrgang. — Fernsprecher 94.

Nr. 20. | Sonnabend, den 24. Januar. | **1931.**

Curtius als Ankläger.

Mittwoch morgen haben im Völkerbundsrat in öffentlicher Sitzung die Verhandlungen über die deutschen Beschwerden bezüglich der Terrorakte während der Wahlzeit in Polnisch-Oberschlesien begonnen. Sie wurden eingeleitet durch eine groß angelegte

Rede des Reichsaußenministers Dr. Curtius,

in der er zunächst darauf hinwies, daß alles, was die deutsche Minderheit in der Vergangenheit hätte erdulden müssen, weit übertroffen worden sei durch das Maß von Leiden, das die deutsche Bevölkerung in Polen während der polnischen Wahlen hat über sich ergehen lassen müssen. Der Minister erklärte sich mit der polnischen Auffassung einverstanden, daß eine Minderheitenangelegenheit nicht den Charakter des Streits zwischen zwei Staaten tragen dürfe. Dr. Curtius fuhr dann fort:

Als wir in diesem Raume im September vorigen Jahres die sechste Kommission der Assemblée über die wirksamste Garantie des Minderheitenschutzes verhandelten, waren wir zwar in manchen Punkten des Verfahrens verschiedener Auffassung, aber über die Grundrechte der Minderheit selbst bestand kein Streit. Auf diese Grundrechte kommt es für die Beurteilung der Vorgänge des November vorigen Jahres allein an. Die deutsche Regierung hatte nicht erwartet, schon acht Wochen nach den feierlichen Erklärungen in diesem Saale sich zu einem so außergewöhnlichen Schritte entschließen und die Aufmerksamkeit des Völkerbundsrats auf Dinge richten zu müssen, die in schroffem Gegensatz zu den von der Gesamtheit der Völkerbundsmächte niedergelegten Grundsätzen stehen.

Es ist zu befürchten, daß, wenn es dem Völkerbundsrate nicht gelingt, ähnlichen Vorkommnissen in der Zukunft vorzubeugen und für die Vergangenheit volle Sühne für das Geschehene zu schaffen, das Vertrauen der Minderheiten zum Völkerbund als dem Hort ihrer Rechte unwiederbringlich verloren gehen wird.

Der Minister verwies dann auf die drei deutschen Noten, die noch durch die Beschwerde der Minderheit selbst ergänzt wurden. Die hauptsächlichsten Fälle dieser Gewalttaten seien durch die ganze deutsche und zum Teil durch die internationale Presse gegangen und von ausländischen Berichterstattern an Ort und Stelle bestätigt worden. Dr. Curtius verwies dann kurz auf die Fälle von Hohenbirken, Ober-Wilcza und insbesondere Golassowitz. Zu dem letzteren bemerkte er: „Wenn die dort hervorgerufene Erregung der Bevölkerung bedauerlicherweise zu dem Tode eines unbeteiligten polnischen Polizisten geführt hat, so ist inzwischen durch das Gericht festgestellt worden, daß der Polizist nicht, wie behauptet war, durch Deutsche, sondern durch Angehörige der Mehrheit erstochen worden ist.

Der Minister wandte sich dann gegen die sieben polnischen Einwände, durch die an dem Gesamtbild nichts geändert werden könnte, das in der öffentlichen Meinung der Welt feststeht. „Letzten Endes — so fuhr der Redner fort — wird das ja auch von der polnischen Regierung selbst zugegeben, dadurch, daß sie nicht weniger als

99 Strafverfahren und 17 Disziplinarverfahren

eingeleitet hat. Vor allem aber möchte ich auf die Beweisaufnahme verweisen, die nach der Eingabe der Minderheit von dem Herrn Präsidenten der Gemischten Kommission in dem Verfahren gemäß Artikel 585 der Genfer Konvention veranlaßt worden ist.

Was die Vorfälle in Oberschlesien zu einer Einheit verbindet, was ihnen ein ganz besonderes Gepräge gibt, ist die Tatsache, daß sie von einem einheitlichen, geschlossenen Willen getragen waren, der sich gegen das Deutschtum als solches richtete.

Frappant ist die Tatsache, daß die Terroraktion sich wochenlang in aller Oeffentlichkeit abspielen konnte, ohne daß der oberste politische verantwortliche Beamte des Gebietes, der Woiwode, einschritt, obwohl er mehrfach, ebenso wie der Innenminister, von der Minderheit um Einschreiten gebeten wurde.

Der gleiche Vorwurf mangelnder Gewährung des jeden Staatsbürgers zustehenden Schutzes trifft die anderen hohen und niedrigen Beamten, welche die ihnen zur Verfügung stehenden staatlichen Machtmittel zum Schutze der Minderheit gegen den Terror nicht einsetzten. Ein solches pflichtwidriges Unterlassen der Ausübung staatlicher Macht steht rechtlich positivem Tun gleich und ist Verwaltungswillkür. Dazu kommt, daß in vielen Vorfällen Beamte **positiv beteiligt waren oder sie moralisch decken.**

Ausführlich beschäftigte sich der Minister dann mit dem

Treiben des Aufständischenverbandes.

Er erklärte, daß das Auftreten des Verbandes mit seinen in den Satzungen festgesetzten angeblichen „humanitären, kulturellen und sozialen" Aufgaben nicht in Einklang stände, und fuhr dann fort:

Mögen im übrigen die Satzungen des Verbandes sein, welche sie wollen, er würde uns nicht in dem Maße interessieren, wenn nicht etwas seiner Betätigung ein besonderes Gepräge gäbe, — der enge Zusammenhang mit den staatlichen Behörden.

Der Aufständischenverband findet nicht nur Unterstützung durch die unteren lokalen Verwaltungsbehörden, er wird vielmehr auch begünstigt und gefördert durch die obersten Behörden der Woiwodschaft. Ehrenvorsitzender des Verbandes ist der Woiwode von Schlesien, dessen enge Beziehungen zu den Aufständischen und ihren Entdeutschungstendenzen in allen Einzelheiten in der vorliegenden Petition des Volksbundes geschildert werden. Aus allen darin aufgeführten Reden, in denen er sich immer wieder zu den Grundsätzen des Aufständischen-Verbandes bekannt hat, entstand nach außen hin der Eindruck, daß die Autorität der Regierung hinter denjenigen Elementen der polnischen Bevölkerung stehe, die dem Kampf gegen das Deutschtum zu ihrer Parole machten.

Dr. Curtius ging dann noch einmal auf die in der deutschen Note vom 27. November enthaltenen Beschwerden bezüglich der Beeinträchtigung der Wahlfreiheit ein, insbesondere auf die Streichung zahlreicher deutscher Wähler aus den Listen. Er kam in diesem Zusammenhang auch auf die besonders vom Aufständischen-Verband betriebene Propaganda zur offenen Stimmabgabe zu sprechen. Er wandte sich dann gegen das polnische Argument, daß es der deutschen Minderheit nicht schlechter ergangen sei als anderen Gruppen der Opposition, und erklärte:

Welche Methoden die polnische Regierung gegenüber ihrer Opposition für richtig hält, ist ihre Sache. Ich bin weit entfernt davon, solche inneren Angelegenheiten hier vor diesem internationalen Forum berühren zu wollen. Anders liegt die Frage allerdings, schon hinsichtlich der übrigen Minderheiten, z. B. der ukrainischen, wenn sich die aufsehenerregenden Nachrichten, die über die auch hier verübten Gewalttaten durch die internationale Presse gegangen sind, bestätigen, so wird sich der Rat auch mit diesen Dingen beschäftigen müssen.

Dr. Curtius erwähnte dann die dritte deutsche Note, die sich mit den Vorgängen in Pommerellen beschäftigt, und begrüßte es, daß die Aussprache hierüber mit der Aussprache über die oberschlesische Frage verbunden sei. Er ging dann kurz auf einige besonders markante Vorkommnisse in Pommerellen ein und wies die polnischerseits erhobenen Einwände zurück. Er fuhr dann fort: Ebenso hinfällig ist der polnische Einwand, daß die Aufregung der polnischen Bevölkerung in Ostoberschlesien auf deutsche Maßnahmen gegen die polnische Minderheit zurückzuführen sei.

Wenn der polnischen Regierung daran liegt, einen Vergleich zwischen der deutschen Minderheit in Polen und der polnischen Minderheit in Deutschland zu ziehen, so kann mir nichts erwünschter sein. Ich glaube, daß die völlig freiwillige, an keinerlei Verträge gebundene großzügige Minderheitenpolitik der preußischen Regierung, insbesondere auf dem Gebiete des Schulwesens, etwas anderes verdient, als wegen irgendwelcher Einzelvorkommnisse verdächtigt zu werden.

Warum hat denn die polnische Regierung nicht einfach einen Vergleich zwischen Deutsch-Oberschlesien und Polnisch-Oberschlesien gezogen, wo sie hätte hier vor dem Rat jederzeit eine Bilanz aufstellen können? Woran liegt es, daß der Rat sich so häufig mit Beschwerden der deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien und so selten mit Beschwerden der polnischen Minderheit in Deutsch-Oberschlesien zu befassen hat?

Zum Schluß führte Dr. Curtius aus: Die polnische Regierung hat in ihrer Gegenbemerkung die Maßnahmen mitgeteilt, die sie wegen der Vorkommnisse in Oberschlesien getroffen hat. Sie erklärt, daß sie alle Fälle, die einen strafrechtlichen Tatbestand enthalten, zur gerichtlichen Verfolgung gebracht habe, und daß, soweit es sich um Antragsdelikte handelt, die Formalitäten erleichtert werden. Sie hat ferner erklärt, daß gegen Beamte, die pflichtwidrig gehandelt haben, ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden sei, sowie, daß den Beamten, die einen gegen die Minderheit gerichteten Aufruf unterzeichnet haben, eine Rüge erteilt werden würde. Sie hat des weiteren in Aussicht gestellt, den Geschädigten Schadenersatz zu gewähren.

Der Rat wird zu prüfen haben, ob diese Zusicherungen als ausreichend anzusehen sind, um das geschehene Unrecht auch nur einigermaßen wiedergutzumachen. Dafür aber, daß diese Wiedergutmachung auch praktisch durchgeführt wird, muß der Rat alle nach Lage der Sache denkbaren Garantien treffen, aber auch, wenn so für die Vergangenheit Sühne geschaffen ist, darf der Völkerbundsrat es dabei nicht bewenden lassen. Wir haben auch dafür Vorsorge zu treffen, daß ähnliche Vorkommnisse sich in Zukunft nicht wiederholen.

Im einzelnen erklärte Dr. Curtius, daß sich der Rat mit der Organisation des Aufständischenverbandes werde befassen müssen, dessen Wirken eine ständige schwere Bedrohung der Minderheit darstelle.

Eine Beruhigung der Minderheiten, die im Interesse aller Staaten, im Interesse des allgemeinen Friedens liegt, ist nur zu erreichen, wenn die Verletzung der Verträge klar festgestellt wird, wenn eine ausreichende Sühne und Wiedergutmachung eintritt, und wenn die Maßnahmen für die Zukunft von dem aufrichtigen Willen aller Völkerbundsmächte getragen werden, die Heiligkeit der Minderheitenrechte nicht antasten zu lassen.

Zaleski antwortet.

Er gibt Zwischenfälle zu.

Der polnische Außenminister Zaleski ging in seiner Erwiderung auf die Rede Dr. Curtius' zur allgemeinen Ueberraschung kaum auf die Ausführungen des deutschen Ratsmitgliedes ein, sondern beschränkte sich auf die Verlesung einer vorher aufgesetzten Rede, in der er auch nicht zu den zwei Noten der deutschen Regierung über Oberschlesien Stellung nahm, sondern lediglich die Petition des Deutschen Volksbundes berücksichtigte. Nach einigen einleitenden Bemerkungen über die Auffassung der polnischen Regierung vom Schutz der Minderheiten erklärte er, aus der Petition des Deutschen Volksbundes gehe hervor, daß in der Lage der deutschen Minderheit eine Beruhigung eingetreten sei bis zu dem Zeitpunkt der Wahlreden des deutschen Ministers Treviranus. Hier sei der Hauptgrund für die Vorfälle zu suchen, über die die deutsche Regierung sich jetzt beklage. An Hand von einigen Zahlen über die Schulverhältnisse der polnischen Minderheit in Deutschland suchte Zaleski den Eindruck zu erwecken, daß die Lage der Polen im Deutschen Reiche sehr zu wünschen übrig lasse.

Der polnische Außenminister ging sodann auf die Wahlvorgänge selbst ein und erklärte, er bestreite nicht, daß Zwischenfälle der geschilderten Art vorgekommen seien. Es seien auch Untersuchungen und verschiedene Gerichtsverfahren eingeleitet worden.

Zum Verständnis müsse man berücksichtigen, daß eine sehr heftige Wahlkampagne in Polen stattgefunden habe, die in Oberschlesien nicht heftiger gewesen sei als in den übrigen Gebieten Polens. Was den Fall Sznapka in Golassowitz angehe, so könne es keinem Zweifel unterliegen, daß die Täter Angehörige der deutschen Minderheit seien. Die Betreffenden hätten sich vor Gericht lediglich aus Furcht als Polen bekannt. Im übrigen bemühte sich Zaleski, die Zwischenfälle größtenteils als harmlos hinzustellen. Die Verluste der deutschen Stimmen bei den Wahlen seien nicht auf die Ursachen zurückzuführen, die man in Deutschland annehme.

Zum Schluß kam Zaleski auf den Bund der Aufständischen zu sprechen. Er erklärte, der Bund sei eine vaterländische Organisation, der man jedoch nicht immer, wo bei Unruhen die Schuldigen nicht ermittelt werden konnten, die Schuld zuschieben könne. Man werfe der polnischen Regie-

rung der, daß sie verantwortlich für die Handlungen der Aufständischen sei. Auch das sei falsch. In Deutschland seien in den Frontkämpferverbänden, z. B. im Stahlhelm, viele hohe Staatsmänner Ehrenmitglieder, z. B. der Reichspräsident, ohne daß es jemand hier in den Sinn käme, deshalb Hindenburg für alle Taten des Stahlhelms verantwortlich zu machen.

Er gebe zu, daß ein großer Teil der Vorfälle, die in der Beschwerde des Deutschen Volksbundes angeführt seien, tief bedauerlich seien, und er könne sagen, daß er die Forderungen des Deutschen Volksbundes im Grundsatz annehme. Die Uebeltäter würden verfolgt, und gegen die schuldigen Beamten würden Disziplinarmaßnahmen ergriffen werden. Er gebe zu, daß gewisse Bestimmungen der Minderheitenverträge verletzt seien und daß die polnische Regierung deshalb die Forderungen des Deutschen Volksbundes grundsätzlich annehme.

Zaleski schloß mit der Erklärung, daß die polnische Regierung alles tun werde, um den Frieden und die Ruhe in Oberschlesien wiederherzustellen. Das liege im Interesse des ganzen Staates.

Curtius antwortet Zaleski.

„Hindenburg gehört nicht in die Debatte!"

In der Nachmittagssitzung des Völkerbundsrats wandte sich der deutsche Reichsaußenminister Dr. Curtius gegen die Erwiderung des polnischen Außenministers Zaleski in der Vormittagssitzung.

Er erklärte, mit der Einleitung von Strafverfahren wegen der Terrorakte könne sich die deutsche Regierung nicht begnügen. Wichtig sei es, die Zusammenhänge zwischen den Behörden, der Polizei und den Aufständischen näher aufzuklären, und dieses müsse durch eine Untersuchung des Völkerbundsrats geschehen.

Der polnische Außenminister habe den Stahlhelm mit dem Aufständischenverband verglichen. Der Stahlhelm sei keine Aufständischenorganisation, nicht militärisch organisiert, und er begehe keine Gewalttaten gegen andere. Die Aufständischenorganisationen seien dagegen militärisch organisiert und hielten militärische Uebungen und Manöver ab. Er weise es mit

Empörung

zurück, daß der polnische Außenminister den Wojewoden Craczynski mit dem Reichspräsidenten v. Hindenburg in einem Atemzuge genannt habe.

Es sei verwerflich, Craczynski mit Hindenburg zu vergleichen, dessen Verantwortungsgefühl und Gerechtigkeitssinn allgemein bekannt sei.

Es sei eine gute Gepflogenheit in den parlamentarischen Ländern, das Staatsoberhaupt nicht in die Debatte zu ziehen und er möchte wünschen, daß diese Gepflogenheit auch im Völkerbund gelte. Er betrachte es als

Feigheit,

wenn er nicht dargelegt hätte, wie das deutsche Volk über die Ostfrage denkt. Eine offene Aussprache sei nötig, wenn solche Fragen auftauchen. Er erinnere an ein Wort Briands, der auf der letzten Völkerbundstagung gesagt habe, daß der Völkerbund auch an unbequemen Fragen nicht vorbeigehen dürfe. Er wiederhole aber seine heutige Erklärung, daß das deutsche Volk seine politischen Ziele nur auf friedlichem Wege und auf dem Vertragsboden zu erreichen strebe. Zu den

Schlußfolgerungen

übergehend, erklärte Dr. Curtius, er habe mit Genugtuung festgestellt, daß der polnische Außenminister eine Verletzung der Bestimmungen der Artikel 75 und 83 der Genfer Konvention zugegeben habe, daß eine Reihe von Verfahren eingeleitet seien und daß beabsichtigt sei, Schadenersatz und Sühne zu leisten. Aber das genüge nicht.

Es müsse auch für die Zukunft gesorgt worden, daß solche Dinge sich nicht wiederholen. An der Frage der Aufständischen-Organisation und ihrem Zusammenhang mit den Behörden könne man nicht vorübergehen. Der Völkerbundsrat müsse zu diesen Dingen Stellung nehmen, denn er sei der Hort der Minderheiten.

In einer kurzen Entgegnung meinte Zaleski, die deutschen Minderheiten hätten ja die Möglichkeit, sich an den obersten polnischen Gerichtshof zu wenden, wenn sie glaubten, daß ihnen während der Wahl Unrecht geschehen sei.

Hierauf vertagte sich der Rat auf Donnerstag.

Fast zu derselben Stunde, da in Genf Polen als Angeklagter vor dem Völkerbundsrat stand, kam die Meldung von einer neuen polnischen Unverfrorenheit, die ohne Zweifel als freche Provokation angesehen werden muß. Sie lautet:

Eine größere Abteilung polnischer Infanterie aus Rybnik besichtigte (!!) die Grenze in der Gegend von Pilchowitz im Landkreis Gleiwitz. Dabei überschritt ein Teil der Truppen, und zwar handelte es sich um etwa 20 Mann, die deutsche Grenze. Nach einiger Zeit verließen die Soldaten wieder den deutschen Boden.

Deutschen Zollbeamten gegenüber erklärte ein polnischer Zollkommissar diese offenkundige Grenzverletzung damit, daß er es verabsäumt habe, „den Soldaten die Grenzlinie zu zeigen". Immer dieselbe blöde Entschuldigung: „Ein Kind, kein Engel ist so rein!"

Deutsches Reich.

— Berlin, den 22. Januar 1931.

° **Die Kundgebung im Strafrechtsausschuß.** An der Mittwochsitzung des Strafrechtsausschusses nahmen die Nationalsozialisten wieder teil. Sie ließen durch den Abgeordneten Dr. Frank erklären, daß sich das Fernbleiben am Dienstag gegen den Ausschußvorsitzenden persönlich gerichtet habe. Herr Geheimrat Kahl habe im Plenum des Reichstags erklärt, daß er sich das Zustandekommen eines guten Strafgesetzbuches nur dann denken könne, wenn die Nationalsozialisten daran nicht mitarbeiteten. Solange Herr Geheimrat Dr. Kahl die im Plenum gefallene bedauerliche Aeußerung nicht rektifiziere, sähen die Nationalsozialisten keine Möglichkeit, sich von ihm ausdrücklich Ausschußarbeiten (also Referate und dergleichen) zuweisen zu lassen. Der Vorsitzende, Abgeordneter D. Dr. Kahl (DVP.) erwiderte, daß er keinerlei Rechenschaft abzulegen habe und für ihn die Sache erledigt sei.

° **Berlin.** Der neue Sowjetbotschafter Chintschuk veranstaltete einen Presseempfang, an dem außer sämtlichen führenden Berliner Journalisten Vertreter amtlicher Pressestellen, die Pressеattachés der verschiedenen Botschaften und Gesandtschaften und Gelehrte und Schriftsteller teilnahmen.

Arbeitslosigkeit und Kirche.

Die evangelische Kirche Berlins zur Wirtschaftsnot.

In einer von einer tausendköpfigen Schar offizieller Vertreter der Berliner Kirchengemeinden besuchten Kundgebung erklärte Generalsuperintendent D. Karow:

Die Massenarbeitslosigkeit unserer Tage sei eine Volksnot, an der die Kirche nicht vorübergehen dürfe. Sie könne zwar nicht das stillstehende Wirtschaftsleben in Gang setzen oder gesetzliche Maßnahmen zur Minderung der Erwerbslosigkeit treffen, aber sie könne einen für die Volksgemeinschaft wesentlichen Dienst leisten, nämlich den Menschen, deren Leben durch das Schicksal der Arbeitslosigkeit erschüttert sei, wieder einen Glauben an den Sinn und Wert ihres Lebens geben.

Die Hilfe für den Osten.

In der Reichskanzlei fand unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Besprechung über praktische Hilfsmaßnahmen für den Osten statt, an der von der Reichsregierung Vizekanzler und Reichsfinanzminister, der Reichsminister des Innern, der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, der Reichsverkehrsminister mit ihren Staatssekretären und der Reichsminister Treviranus teilnahmen. Die preußische Staatsregierung war durch den Wohlfahrtsminister Dr. h. c. Hirtsiefer und die Staatssekretäre Krüger und Weismann vertreten. Für die Reichsbank war Reichsbankpräsident Dr. Luther, für die Reichsbahn Generaldirektor Dr. Dorpmüller anwesend.

Bei den eingehenden Beratungen bestand Einverständnis darüber, daß die Lastensenkung zugunsten der Ostgrenzgebiete in der bisherigen Weise fortgesetzt werden muß.

Die preußische Staatsregierung wird die Oberversicherungsämter anweisen, der Frage besondere Beachtung zuzuwenden, ob und inwieweit die Krankenkassenbeiträge im Osten noch gesenkt werden können.

Bei der Umschuldung soll eine Beschleunigung des Verfahrens dadurch erreicht werden, daß die Landräte ermächtigt werden, bis zu 5000 Mark über die Kreditanträge selbst zu entscheiden. Mittel des Kreditsicherungsfonds sollen zur Stützung besonders gefährdeter kleinbäuerlicher Betriebe eingesetzt werden.

Das Reichskabinett

beschäftigte sich unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit des preußischen Finanzministers und des Generaldirektors der Reichsbahn mit der Vorberatung des Entwurfes eines Osthilfegesetzes. Es wird angekündigt, daß die Beratungen in den nächsten Tagen noch fortgesetzt werden.

* * *

Der Kanzler spricht in Chemnitz, Köln und Düren.

Am Freitag wird Dr. Brüning nach Chemnitz fahren, wo er auf der Tagung des Verbandes Sächsischer Industrieller eine Rede halten wird. Am Sonnabendabend wird sich der Kanzler nach Köln begeben, wo er am Sonntagvormittag bei den christlichen Gewerkschaften sprechen wird. Am Sonntagnachmittag redet der Kanzler in einer Versammlung in Düren. Montag früh trifft er wieder in Berlin ein.

Auslands-Rundschau.

Die Zwischenfälle auf dem englischen Kriegsschiff Lucia.

:- Von den vier Mann der Besatzung des Depotschiffes Lucia, die wegen ihrer Beteiligung an der Meuterei auf diesem Schiff gefundert vor ein Kriegsgericht gestellt wurden, während die übrigen Meuterer summarisch abgeurteilt werden sollten, ist der erste heute zu drei Monaten Zuchthaus und Ausstoßung aus der Marine verurteilt worden.

* * *

:- Wien. Der Christlich-Soziale Bundesparteitag wurde für den 1. bis 3. Mai d. J. nach Klagenfurt einberufen.

:- London. Der britische Gesandte in Lissabon, Sir Francis Oswald Lindley, ist zum Botschafter in Tokio ernannt worden.

Der Abschluß der Europa-Konferenz.

Ein Manifest an die Welt.

Die Europakonferenz, die am Mittwochabend geschlossen wurde, hat einstimmig folgende Kundgebung an die Völker beschlossen:

„Wir haben in den letzten Tagen mehrfach die Probleme geprüft und besprochen, die sich unsere Regierungen stellten, und wir sind uns dabei klar gewor-

---

Modekönigin

Originalroman von Anny von Panhuys.

122. Fortsetzung — Nachdruck verboten

„Nur ein paar erklärende Worte fordere ich, wie das alles gewesen ist," sagte Robert Tann befehlend.

„Gut, gut!" Lonny Ferchert bekannte mit fliegendem Atem: „Meine Mitschuldige hat den Plan ersonnen. Wir bemächtigten uns am Neujahrstag des Kindes, das ins Nachbarhaus zu einer kleinen Freundin gehen wollte, und nahmen es im Auto unter dem Vorwand, wir brächten es zu seinen Großeltern, nach Berlin mit. In meine Wohnung. Dort hielten wir es verborgen. Heute abend sollte es ins Ausland gebracht werden, Sie hätten nie mehr von ihm gehört."

Robert Tann hob die Faust, er wollte der vor ihm Stehenden in das porzellanweise Gesicht schlagen.

Vor ihrem Blick aber ließ er die Faust wieder sinken.

Robert Tann war mit Empörung gegen Lonny Ferchert förmlich geladen, er hätte sie niederstoßen und mit Füßen auf ihr herumtreten mögen. Aber gleichzeitig regte sich da etwas in ihm, das wie Achtung war vor dem Mut der todblassen Frau, die sich freiwillig der Polizei stellen wollte.

54.

Kommissar Niebel war zu sprechen; er empfing Robert Tann und seine Begleiterin sofort.

Es war etwas überheizt im Büro und Lonny fühlte, wie ihr heiß wurde unter dem Schleiergewoge des Hutes.

Robert Tann grüßte kurz, er war dem Kommissar natürlich wenig gewogen und ehe der Beamte noch eine Frage tun konnte, rief ihm der Besucher triumphierend zu: „Meine Tochter ist doch unschuldig, das Kind lebt und ist uns diesen Vormittag zurückgebracht worden. Das Kleidchen am Kanal war nur ein Trick —"

„Und der anonyme Brief auch," vollendete Lonny.

Kommissar Niebels ganze Aufmerksamkeit richtete sich sofort auf Lonny, aber er tat Robert Tann nicht den Gefallen, vor Erstaunen über die große Neuigkeit aufzuspringen.

„Wer sind Sie und wie heißen Sie?" fragte er Lonny mit seiner ein wenig schnarrenden Stimme.

Der begleitende Blick war sehr ungnädig.

Lonny nannte Namen, Beruf und Wohnung, bat: „Lassen Sie mich der Reihe nach erzählen, wie ich zu dem Kind gekommen bin — die Zeit ist kostbar —, falls Sie wollen, daß auch meine Mitschuldige verhaftet wird."

Kommissar Niebel, der wie alle anderen fest an den Tod des Kindes geglaubt hatte, fand sich schnell in die veränderte Sachlage.

Sie erzählte mit scheinbarer Ruhe ganz genau, wie sie Alse Weber kennen gelernt und wie man sich dann zusammengetan zu gemeinsamer Rache.

Sie sprach schnell und glatt, verschwieg nichts, beschönigte nichts und jetzt wurde auch Robert Tann immer klarer, wie sich die Vorgänge abgespielt hatten.

Kommissar Niebel betrachtete Lonny fast wohlwollend.

„Ein Bravourstückchen haben Sie sich geleistet. Wirklich, allerhand Hochachtung! Donnerwetter! Ist das ein Netz von Gemeinheit, das Sie und Ihre edle Freundin der Gräfin Zuckschwerdt gelegt haben."

Er klingelte. Ein Schupo trat ein.

„Ich möchte die Gräfin sprechen, führen Sie die Dame nebenan ins Büro."

Als Kommissar Niebel nebenan eintrat, saß Elisabeth in hoffnungsloser Haltung auf einem Stuhl.

Sie rief ihm entgegen: „Was will man denn schon wieder von mir, ist denn die Qual immer noch nicht zu Ende?"

„Ich will Sie heute gar nicht quälen, Frau Gräfin, sondern Ihnen sehr gute Nachrichten bringen."

Elisabeths Augen hingen an den Lippen des Kommissars, als sie bat: „O, geben Sie mir diese guten Nachrichten, ich fiebere danach!"

Mit liebenswürdigem Lächeln teilte er Elisabeth mit, daß Klein-Lotti sich am Leben befand und schon daheim war, gesund und munter.

Elisabeth hatte jeder guten Nachricht ruhig standhalten wollen, dieser Glücksbotschaft aber waren ihre Nerven nicht gewachsen.

Sie schrie laut auf vor Freude, küßte ihre eigenen Hände, als wären sie das Köpfchen des Kindes und die Tränen liefen ihr dabei in Strömen über das blasse Gesicht.

Der Kommissar berichtete ihr blitzgeschwind und in Stichworten, welcher Beweggrund die beiden Schuldigen zu der gemeinen Handlung veranlaßt, und Elisabeth lauschte ihm atemlos.

Sie unterbrach ihn mit keiner Silbe, obwohl viele Fragen auf ihren Lippen brannten. Doch die Zeit drängte.

Er schloß: „Nebenan befindet sich die Person, die das Kind wiedergebracht, und Ihr Vater. Nun begleiten Sie mich hinüber. Sie sind natürlich von diesem Augenblick an frei, ebenso Herr Staufen, den ich sofort benachrichtigen lassen werde."

Elisabeth fuhr sich mit dem Taschentuch über das Gesicht. Weg mit den letzten Tränenspuren. Es gab nichts mehr zum Weinen.

Sie folgte dem Kommissar, der vor ihr die Tür zum Nebenzimmer öffnete.

Robert Tann hörte die Tür gehen und sprang auf, in der nächsten Sekunde lag Elisabeth in seinen Armen.

Lonny saß stumm und starr wie eine Wachsfigur da, ihr Gesicht war gespenstisch fahl.

Der Kommissar hüstelte und erinnerte auf diese Weise Vater und Tochter, das traurige und erregende Stück, in dem man sie mitzuspielen gezwungen hatte, war noch nicht zu Ende.

Elisabeth löste sich aus den väterlichen Armen.

Der Kommissar wies leicht auf Lonny Ferchert.

„Kennen Sie diese Frau, sind Sie ihr schon einmal vorher im Leben begegnet, Frau Gräfin?"

Elisabeth richtete jetzt den Blick voll auf Lonny, über deren Wangen sich jähe Röte ergoß.

(Fortsetzung folgt.)

ven, daß eines der Hindernisse für den wirtschaftlichen Wiederaufbau in dem Mangel an Vertrauen in die Zukunft und in der Unruhe liegen, die über die politische Lage herrscht.

Diese Unruhe ist vermehrt worden durch verschiedene, von unkontrollierbaren Kreisen verbreitete Gerüchte über die

Möglichkeit eines neuen Weltkrieges.

Wir erkennen hier, daß augenblicklich in Europa politische Schwierigkeiten bestehen, und daß sie noch durch die Unbeständigkeit und die wirtschaftliche Notlage, die sich aus der allgemeinen Krise ergibt, vermehrt worden sind.

Das Beste, was wir zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage tun konnten, ist, keinen Zweifel an dem Bestand des Friedens in Europa aufkommen zu lassen. In unserer Eigenschaft als Außenminister oder verantwortliche Vertreter der europäischen Staaten erklären wir, daß wir mehr denn je entschlossen sind, aus des Mittels des Völkerbundes zu bedienen, um jede Anwendung von Gewalt zu verhindern."

Der Lawinenabsturz in Oberbayern.

Die sieben Landespolizisten als Leichen geborgen.

— München, 21. Januar.

Von der Skiabteilung der bayerischen Landespolizei, die Dienstag nachmittag 4 Uhr an der Benediktenwand von einer Lawine verschüttet worden war, konnten Mittwoch früh nach angestrengtester Tätigkeit der Rettungsexpedition sieben Mann als Leichen geborgen werden. Der Führer der Skiabteilung, Oberleutnant Remold, und der Wachtmeister Mösle von der Landespolizei München waren bereits im Laufe des Dienstags noch lebend aus den Schneemassen gerettet worden.

Der Skikurs der Landespolizei stand unter der Leitung eines Tölzer Skilehrers. Während die Abteilung an der Disseite der Benediktenwand im Karwendel übte, ging plötzlich eine Lawine zu Tal, die sich durch das Tauwetter der letzten Tage gelöst hatte und neun Mann der Abteilung unter sich begrub. Obwohl die Rettungsarbeiten von den übrigen Mitgliedern des Skikursus sofort aufgenommen wurden, gelang es zunächst nur, den Führer, Polizeioberleutnant Remold, lebend zu bergen. Der verunglückte Offizier befand sich in bewußtlosem Zustand, konnte sich aber bald erholen und die Leitung der Rettungsarbeiten übernehmen. In aller Eile wurden Rettungsexpeditionen der alpinen Rettungsstelle aus Penzberg, Bad Tölz, Lenggries, Benediktbeuren und München herbeigerufen, die jedoch infolge der schwierigen Wegeverhältnisse und des ungünstigen Wetters erst am späten Abend und in der Nacht an der Stätte des Unglücks eintrafen. Der Aufstieg gestaltete sich wegen der außerordentlich starken Vereisung aller Wege äußerst schwierig und nahm fast drei Stunden in Anspruch. Schließlich waren etwa 180 Mann an der Unfallstelle und arbeiteten

bei Fackelschein die ganze Nacht hindurch.

Die Arbeiten wurden durch den Regen sehr erschwert. Die außergewöhnlich große Lawine war in einer Breite von 60 Metern 150 Meter niedergegangen. Ihre Tiefe betrug drei Meter. Die selbstlose und mutige Arbeit der Rettungsexpeditionen ist um so höher zu bewerten, als die große Lawinengefahr den Anstieg nach wie vor gefährlich machte. Den Rettungsmannschaften gelang es nach angestrengten Arbeiten gegen 10 Uhr abends noch einen der Verschütteten der Landespolizisten, den Wachtmeister Mösle, schwer verletzt zu bergen. Die sieben übrigen Verschütteten konnte man erst gegen 5 Uhr früh als Leichen bergen. Die Toten wurden bereits nach Lenggries geschafft. Sie werden von hier voraussichtlich nach München gebracht, wo die Beisetzung stattfinden soll.

In den Schneemassen erstickt.

Die Leichen der sieben tödlich verunglückten Landespolizisten, die mit Schlitten nach Lenggries gebracht wurden, wiesen äußerlich kaum eine Verletzung auf. Nur bei einem der Verunglückten wurde ein Beinbruch festgestellt. So ist wohl anzunehmen, daß die Verunglückten in den Schneemassen erstickt sind. Die Schneemassen, die auf den Verschütteten lagen, waren teilweise drei bis fünf Meter tief. Das Befinden des verletzten Wachtmeisters Mösle ist als ernst zu bezeichnen.

Durch besondere Umstände wurde vor dem sicheren Tode ein Landespolizist bewahrt, der auf der Hütte zurückbleiben mußte, da seine Hose zerrissen war; ebenso entging auch ein Leutnant dem sicheren Tode, der noch einmal umgekehrt war, um seinen Photographenapparat zu holen. Die Rettungsarbeiten wurden durch den Umstand sehr erschwert, daß auf der Landespolizeihütte weder Schaufeln noch Fackeln vorhanden waren.

*

Italienische Grenzwache von einer Lawine verschüttet.

Aus dem Aosta-Tal wird ein schwerer Unfall gemeldet. Eine Patrouille der faschistischen Grenzmiliz wurde auf dem Wege in die Kaserne von einer Lawine verschüttet. Drei Soldaten wurden von den Schneemassen eine Strecke weit fortgerissen, wobei einer von ihnen bei dem Anprall gegen einen Felsen schwer verletzt wurde. Die beiden anderen trugen leichtere Verletzungen davon. Ein vierter ist noch nicht aufgefunden worden. Die von Bardonecchia abgesandte Rettungsmannschaft wurde kurz vor der Unglücksstätte ebenfalls von einer Lawine erfaßt. Auch von dieser Mannschaft wurde ein Mann schwer verwundet.

Schulungstagung der Deutschnationalen Volkspartei.

Unter großer Beteiligung aus Nieder-, Mittel- und Oberschlesien fand in Bad Hermsdorf an der Katzbach unter Führung von Herrn Oberst von Xylander-München die 8. Reichsschulungstagung der Deutschnationalen Volkspartei statt. Es sprachen Abg. Steuer über „Kommunalpolitik", Oberst von Xylander über „Wehrpolitik", Landtagsabgeordneter Oberstudiendirektor Oelze über „Die deutsche Schule", Oberst von Xylander über „Die allgemeinpolitische Lage" und über „Außenpolitik", Frau Abg. Dr. Spohr über „Den Kulturkampf unserer Zeit", Landtagsabg. Rüffer über „Arbeiterfragen", Dr. Meesmann über „Erfordernisse nationaler Wirtschaftspolitik" und Abg. Stubbendorff über „Agrarpolitische Fragen". Eine Reichsgründungsfeier am 17. Januar in Bad Hermsdorf beschloß die an Wissensübermittelung überreiche Schulungstagung.

Bischof Dr. Groß †

Leitmeritz. In der Nacht zum Mittwoch ist, 64 Jahre alt, der Diözesanbischof von Leitmeritz, Dr. Joseph Groß, an Grippe gestorben. Er stammte aus Südböhmen und war viele Jahre Erzdechant in Falkenau an der Eger, und seit 1910 Bischof von Leitmeritz. Dr. Groß war der einzige deutsche Diözesanbischof in der Tschechoslowakei und gegenüber der tschechischen Regierung ein bewußt deutscher Mann. Sein Tod wirft die Frage des Rechtes der Besetzung von Bischofssitzen in der Tschechoslowakei auf. Wie verlautet, hat Bischof Groß von seinem Rechte der Namhaftmachung eines Nachfolgers Gebrauch gemacht.

Lokales.

Namslau, den 23 Januar 1931

= **Rentenzahlung beim Postamt Namslau.** Die Militärrenten für den Monat Februar werden am Donnerstag, den 29. Januar und die Invalidenrenten am Sonnabend, den 31. Januar gezahlt.

= **Reichsgründungsfeier des Kriegervereins Namslau.** Am Sonntag nachmittag beging der Kriegerverein Namslau in seinem Vereinslokal eine erhebende Reichsgründungsfeier. Der Saal war durch den Vereinswirt und seine Gattin stimmungsvoll geschmückt. Von der Galerie herab grüßte die Kyffhäuserfahne, rotes Tuch mit dem Zeichen des Eisernen Kreuzes und des Kyffhäuser-Denkmals. Die alten Kaiserbilder waren mit grünen Zweigen und schwarz-weiß-roten Fahnen umrahmt. Unter den zahlreichen Kameraden befand sich eine Anzahl von Offizieren in Uniform und 2 Veteranen von 1870/71, die den Tag von Versailles miterlebten, die Kameraden Wiese und Posselt. Mehrere Kameraden sorgten für eine passende, musikalische Umrahmung der Feier. Sie begann mit einigen Märschen, worauf der 1. Vorsitzende Kamerad Nerlich die Begrüßungsansprache hielt. Nach einem von Frl. Spotzek vorgetragenen Prolog öffnete sich der Vorhang, und es wurde ein lebendes Bild gezeigt, welches die Vereinigung der deutschen Staaten darstellte. Im Hintergrunde die Bilder Bismarcks, von schwarz-weiß-roten Fahnen umrahmt und der Germania, mit dem Eichenkranz gekrönt. Im Halbkreis davor standen 5 Mädchen in weißen Gewändern, die die vereinigten großen deutschen Staaten Preußen, Bayern, Sachsen, Würtemberg und Baden symbolisierten, in der Hand ein Wappen in den Farben ihres Landes. Hinter den Mädchen standen Soldaten in alter Friedensuniform aller Truppengattungen, daneben die Kyffhäuserjugend. Nach dem Prolog sang die Versammlung stehend das Deutschlandlied. Kamerad 1. Vorsitzender Nerlich, ergriff nun das Wort zur Festrede. Er sprach von dem glänzenden Tag von Versailles am 18. Januar 1871 und von dem diesem Tag Vorangegangenen. Kaum erklärlich sei es, daß das deutsche Volk den so wichtigen Tag seiner großen Geschichte nicht als nationalen Feiertag gewürdigt hat, was andere Völker, wenn sie in gleicher oder ähnlicher Lage gewesen wären, sicherlich getan hätten. Mit großem Stolz dürfen wir auf das zurückschauen, was unsere Väter vor 60 Jahren schufen. Dagegen erscheint die Gegenwart mehr als trostlos. Wir haben den Weltkrieg 1914/18 trotz unzähliger Siege gewaltigsten Ausmaßes verloren — nicht durch die Schuld des Heeres, dessen Tapferkeit und Heldentum über alles Lob erhaben dasteht, nicht durch die Schuld des Volkes, dessen Opfertaten unerhört groß waren — wohl aber die Schuld derer, die aus Haß, Gewinnsucht und sonstigen niedrigen Motiven heraus mit dem Feinde freundlich paktierten und die Front drinnen und draußen zerpörten, die schnöden Verrat übten und sich dann noch als Retter aufspielten! Die Folgen waren der fürchterliche Waffenstillstand und der noch fürchterlichere sogenannte „Friede zu Versailles" vom 28. Juni 1919, unter dessen Joch wir jetzt seufzen und der unserem Volke das Mark aus allen Knochen saugt. Unsere Feinde haben die bewußte Absicht gehabt, unser Reich zu zerstören und unser Volk zu vernichten. Das zu erreichen, erfand man die teuflische Kriegsschuldlüge. Die Feinde haben sich in ihren Absichten verrechnet. Zwar haben sie uns unser schönes Reich arg zerzaust, indem sie uns wertvollste Landesteile nahmen. Das Reich haben sie nicht zerstören können, es ist fest geblieben, ein vollgültiger Beweis dafür, wie gediegen der Bau Bismarcks war. Nun helfe kein unentwegtes Klagen und Zürnen über die noch immer schwerer werdende Gegenwartsnot, vielmehr die Erkenntnis, daß des deutschen Volkes Unglück nicht von heute auf morgen zu wenden ist und der feste Wille, wieder vorwärts zu kommen. Was wir tun können und tun müssen ist: in Einigkeit uns die Hände zu reichen. Diese Einigkeit hat uns vor 60 Jahren stark gemacht und das Reich geschaffen. Die Uneinigkeit hat uns alles Unglück beschert. Das Vaterland über alles — vor allem aber über jede Partei! Es ergeben sich für uns 4 Aufgaben: 1. Kampf für deutsche Ehre und deutsche Freiheit, 2. Kampf um Erhaltung und Stärkung des Wehrwillens im deutschen Volk, 3. Kampf für ein Großdeutschland in Mitteleuropa, 4. Kampf dem Bolschewismus. Mit Dank an Gott und die Männer jener großen Zeit vor 60 Jahren verbindet sich unser ernstester Wille, das, was uns erhalten blieb, festzuhalten und wieder aus- und aufzubauen. Der 18. Januar mahnt uns eindringlichst, festzustehen in aller Not und Gefahr, einig zu sein und das Vaterland über alles zu stellen! Dann wird es heißen: Das Reich muß uns doch bleiben! Nach einem Treugelöbnis sang die Versammlung stehend: „Ich hab mich ergeben". Es folgten 2 Gedichte „Vergessen" von Frl. H. Feige und „Herr mach uns frei" von Frl. Simniok, hervorragend vorgetragen. Stehend wurde das Niederländische Dankgebet gesungen und aus den vielen vergrämten Herzen wie ein Schrei aus einem Munde erklang es: „Herr mach uns frei". Alsdann trug Kamerad Zimmer das Gedicht „Die Brückenwehr von Reuß" vor. Nach der Schlußansprache des 1. Vorsitzenden Kamerad Nerlich fand die erhebende Feier mit dem Lied „Der Gott, der Eisen wachsen" ihr Ende.

= **Reichsgründungsfeier.** Die Ortsgruppe Namslau des „Stahlhelms" Bund der Frontsoldaten nahm am Sonntag Vormittag am Festgottesdienste teil. Nachmittags trat sie bei Einbruch der Dämmerung auf dem Pietzonkaplatz zum Fackelzuge an. Um 5 Uhr setzte er sich unter Vorantritt der Stahlhelmkapelle in Bewegung. Die Straßen der Stadt waren dicht von der Bevölkerung gesäumt. Hunderte hatten sich auf dem Ringe eingefunden. Dort widmete der Ortsgruppenführer, Kamerad Müller, den Gefallenen des Krieges 1870/71 Worte ehrenden Gedenkens und legte an der Siegessäule einen Kranz nieder. Im Auftrage des Bundes Königin Luise sprach die Untergauführerin, Kameradin Frau Mogwitz, ebenfalls einen Kranz niederlegend. Dann wurde der Marsch nach der Heldeninsel fortgesetzt. Auf dem Gedächtnisturme brannte ein Feuer, dessen Flammen der frische Wind immer wieder emporschlagen ließ, der Eisenbehälter glühte wie eine Krone. Ein eigenartig stimmungsvolles Licht lag über dem Platz. Nach einem Musikvortrag sprach der Kameradschaftsführer Decker ein Gedicht, das in vollendeter Form der Bedeutung des Tages gerecht wurde. In der kurzen Ansprache wurde nach einem geschichtlichen Rückblick auf die Zukunftsaufgabe der nationalen Bewegung hingewiesen, die ist: das dritte Reich. — Nach dem Deutschlandlied erfolgte Verlesung und Annahme der Entschließung, deren Wortlaut bereits das „Stadtblatt" gebracht hat. Der Abmarsch führte noch einmal über den Ring und die Wilhelmstraße entlang.

= **Examen.** Hauptbuchhalterin Fräulein Maria Preuß hat das Examen für kaufmännischen Privatunterricht in doppelter italienischer und amerikanischer Buchführung, Bilanzen und Stenografie bestanden und von der Regierung mit Bezeichnung „Privatlehrerin obiger Fächer" die Erlaubnis zum Privatunterricht erhalten. (Siehe Inserat)

= **Glausche.** Am vergangenen Sonntag veranstaltete der Sportverein „Hertha" 21 Glausche sein diesjähriges Wintervergnügen. Den Einladungen des Vorstandes war so zahlreich Folge geleistet worden, daß der große Wollny'sche Saal fast zu klein war und Tische und Stühle nicht ausreichten. Im Namen des Vereins begrüßte Herr Lehrer Fiebig die Gäste, wies auf die Bedeutung des Sportes hin und gab der Freude darüber Ausdruck, daß das Fest mit dem Reichsgründungstage zusammentreffe, welcher ja für das ganze deutsche Volk ein Festtag ist. Hierauf folgte ein Lustspiel „Im Dorfe ist 'ne Kellnerin", welches große Heiterkeit hervorrief und reichen Beifall fand. In der nun folgenden Pause sprach Herr Mispel über den Sport und seine Aufgaben und Ziele. Das nun folgende Theaterstück „Der Seitensprung" wirkte ebenfalls sehr heiter. Es folgten sportliche Darbietungen, u. a. einige gut gelungene Pyramiden, wofür das Publikum mit stürmischem Beifall dankte. Nun kam der Tanz zu seinem Recht. Bis in die frühen Morgenstunden blieben noch eine Anzahl Gäste fröhlich beisammen. Leider mußte wieder festgestellt werden, daß von seiten der oberen Sportbehörde nicht ein einziger Vertreter an diesem Feste teilgenommen hat. Entweder haben sie zu wenig Interesse für den Sport auf dem Lande, oder der Grenzort Glausche ist ihnen nicht gut genug.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Kirche.

Sonntag, den 25. Januar 1931 (3. Sonntag nach Epiphanias).
Kollekte für den Schles. Provinzialverein für die Goßnersche Mission.
8 Uhr Pastor Fuhrmann.
10 Uhr Pastor Röchling.
14 Uhr Kindergottesdienst, Pastor Langer.
Freitag, den 23. Januar, 20 Uhr im Saal des Herrn Schwuntek Evangel. Gemeindeabend. Vortrag von Pastor Heuser—Breslau: Jugend in Not! Eltern heraus! Die Gemeinde ist herzlich eingeladen. Eintritt frei.

Vereine.

Ev. Jungmädchenverein: Montag, den 26. Januar 20 Uhr Nähstube, Mittwoch, den 28. Januar 20 Uhr, Versammlung (Sandarbeitsabend).
Ev. Posaunenchor: Dienstag, den 27. Januar, 20 Uhr Uebungsabend, Freitag, den 30 Januar, 20 Uhr Jahreshauptversammlung.
Ev. Kirchenchor: Uebungsstunde am Freitag, den 23. Januar fällt aus.
Ev. Jugend- und Jungmännerverein: Sonntag, den 25. Januar, 17 Uhr gemütliches Zusammensein in der Herberge.
Ev. Frauenhilfe: Donnerstag, den 29. Januar, 20 Uhr Wäschenähstube.

Lutherischer Gottesdienst.

Sonntag, den 25. Januar, 8½ Uhr Beichte, 9 Uhr Predigtgottesdienst mit Feier des hl. Abendmahls, Pastor Brachmann.

Christliche Gemeinschaft innerhalb der Landeskirche
Schützenstraße 6.
Dienstag, den 27. Januar 1931, abends ½8 Uhr: Versammlung.

Synagogen-Gemeinde Gottesdienst.
Freitag abends 6 Uhr.

Aerztl. Sonntagsdienst am 25. Januar 1931:
Dr. Nerlich, Wilhelmstraße 3.

Gemäldediebstahl in einer Kirche. In der Zeit zwischen dem 4. Dezember v. J. und dem 12. d. M. ist aus der Vitiaikirche, zu St. Magdalena in Habernitzen bei Weißenfeld in Kärnten das älteste Glasgemälde in Oesterreich, das aus dem 12. Jahrhundert stammende Bild der Maria Magdalena, gestohlen worden. Der Wert des Bildes wird auf rund 30 000 Schilling geschätzt.

Am Sterbebett der Tochter vom Herzschlag getroffen. Die 20jährige Tochter des Generals Alexander Kirchner, die seit längerer Zeit krank war und erst vor kurzem aus der Tatra nach Budapest zurückkehrte, ist plötzlich gestorben. General Kirchner hat an dem Sterbebett seiner Tochter eine Herzlähmung erlitten, die bald darauf seinen Tod herbeiführte.

Ein Postamt beraubt. Nach Schluß der Dienststunden drangen maskierte Burschen in das in einer Fabrik in einer Budapester Vorstadt untergebrachte Postamt ein, bedrohten die Postmeisterin mit Revolvern und raubten die bereits versiegelten Postsäckchen, die rund 10 000 Pengö enthielten. Die Täter sind entkommen.

Entgleisung eines Untergrundbahnzuges. In einer Weiche der Neuyorker Untergrundbahn entgleiste der ersten Wagen eines überfüllten Zuges und fuhr in die Betonstahlwand des Tunnels hinein, wo er sich förmlich spaltete. Unter den Passagieren, die zu Boden geschleudert wurden, entstand eine große Panik. Alles drängte aus dem mit Rauch gefüllten Wagen zu den Türen. 19 Passagiere wurden verletzt.

* * *

Paris. In der Gegend von Chambéry in den savoyischen Alpen herrscht eine starke Grippeepidemie. Es sind bereits mehrere Todesfälle zu verzeichnen. In zahlreichen Schulen sind 30 Prozent der Schüler erkrankt.

Helsingfors. Der frühere finnländische Gesandte in Stockholm, Professor Werner Soederhjelm, der sich auch als Schriftsteller in der Literatur- und Kunstwissenschaft einen Namen gemacht hat, ist im 71. Lebensjahre gestorben.

Produktenmarktbericht.

Amtliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 22. Januar 1931. An der Börse im Großhandel gezahlten Preise für volle Wagenladungen, in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis).

Weizen, Roggen, Hafer und Gerste	für 1000 kg	= 1 Tonne
Oelsaaten, Hülsenfrüchte, Futtermittel, Mehl	„ 100 kg	
Sämereien	„ 50 kg	
frachtfrei Breslau		
Kartoffeln, Rauhfutter	„ 50 kg	
ab Erzeugerstation.		

Tägliche amtliche Notierungen.

Getreide.		22.	21.
Weizen (schlesischer)			
Hektolitergewicht von 74,5 kg	Durchschnitts-Qual. gesund und trocken	257.00	257.00
Hektolitergewicht von 76,5 kg	gut, gesund u. trocken	259.00	259.00
Hektolitergewicht von 72,5 kg	trocken für Müllereizwecke verwendbar.	252.00	252.00
Roggen (schlesischer)			
Hektolitergewicht von 71,2 kg	Durchschnitts-Qual. gesund und trocken	161.00	161.00
Hektolitergewicht von 73 kg	gut, gesund u. trocken	—.—	—.—
Hektolitergewicht von 70 kg	trocken für Müllereizwecke verwendbar.	156.00	156.00
Hafer, mittlere Art und Güte (alter Ernte)		—.—	—.—
„ „ „ „ „ (neuer Ernte)		157.00	157.00
Braugerste, feinste		245.00	245.00
„ gute		215.00	215.00
Sommergerste, mittlerer Art und Güte		192.00	192.00
Wintergerste 63—64 kg „ „ „ „		—.—	—.—

Tendenz: Ruhig.

Bei Verkauf ab Verladestation ermäßigt sich der Preis im Allgemeinen um die Fracht von der Verladestation.

Druck, Verlag u. Expedition: Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H. Namslau, Andreas-Kirchstraße 18.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Franz Otto, Namslau
für den politischen und lokalen Teil: Hans Tiesler, Wilhar

Schlachthof.
Sonnabend, den 24. Januar 1931
Fleisch-Verkauf.

Die jetzige Zeit für eine Kur besonders geeignet:
Lebertran

Scotts Emulsion
Zalewki's Emulsion
feinsten Mediz. Dorschlebertran
in Flaschen und lose.
Oscar Tietze, Germania-Drogerie.

Süße Apfelsinen extra billig
3 Pfd. nur 75 Pfg.
Ferner
Aepfel . . . . . 35 und 45 Pfg.
Blumenkohl . . . große Rose von 40 Pfg. an
empfiehlt
Fritz Arndt.

Männer-Gesang-Verein Namslau 1863.

Mittwoch, den 28. Januar 1931
abends 8,30 Uhr
im Saale des Hotel „Goldene Krone"

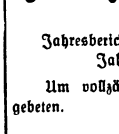
Jahres-Hauptversammlung.

Tagesordnung:
Jahresbericht. — Kassenbericht. — Ergänzungswahl.
Jahressingeplan 1931. — Sonstiges.

Um vollzähliges Erscheinen sämtlicher Mitglieder wird gebeten.

Der Vorstand.
Haesler.

Werbt für den Männer-Gesang-Verein Namslau 1863!



Kaltbluthengst „Preußenadler"
deckt ab 3. Februar
im Dominium **Kaulwitz**, Kreis Namslau.
Deckgeld RM. 25.—
gegen Vorjahr 15 %iger Preisabbau. Anfragen an die Gutsverwaltung Kaulwitz.
Güterverwaltung Grambschütz.

Was bietet Breslau?

Schauspielhaus
Ruf 36300 — Operettenbühne
Täglich 8 Uhr, Sonntag auch 4 Uhr: Der Sensationserfolg
Viktoria und ihr Husar.
Bis inkl. Sonntag, den 25. Januar Gastspiel: Anny Ahlers.

Liebich-Theater
Täglich 2 Vorstellungen 4.15 und 8.15 Uhr
Week-end im Grunewald. Wolf Roppe, Cilly Feindt.
Fußball auf Rädern und 6 Varieté-Attraktionen.
Nachmittags halbe Preise und Vollprogramm.

Deli
Kaiser-Wilhelmstraße 5
5, 7, 9 / Sonntags 3, 5, 7, 9
— 2. Woche —
Kohlhiesels Töchter
mit Henny Porten.

Gloria-Palast
Schweidnitzerstrasse 37
3.30, 5.20, 7.10, 9.10
— 2. Woche —
„Liebesparade"
Der beispiellose Erfolg.
Um 3.30 Uhr täglich Fremden-Vorstellung zu ermäßigt. Preisen.

Ganz Breslau spricht von den neuen
23 Sensationen des Cirkus-Königs **GLEICH**
im Circus Busch-Gebäude Breslau.

SAILER-JACKSON der Weltmeister der Dompteure.	5 Albertys Die Tod-Verächter unter der Cirkuskuppel.
Der Raketenmensch im rätselhaften Salto-Mortal-Fluge aus der Monstre-Kanone.	6 Blumenfelds Die souveränen Luft-Gymnastiker.

Täglich 4 Uhr nachmittags und 8 Uhr abends!
Nur noch bis Sonnabend, den 31. Januar.

„CHARLOTT" Die Wunderbar am Tauentzienplatz.
Rozsi Réty, die ungarische Meistervirtuosin auf der singenden Geige.
Fritz José, der fabelhafte Schlagzeuger und Stimmungssänger.
Kapellmeister Nellhaus am Flügel.
An den Gesellschaftsabenden bis 4 Uhr morgens geöffnet.

Liebich's Tanzpalast und Bar
Nur noch wenige Tage! Weintraubs Syncopators.
Täglich 5 Uhr Tanz-Tee
9 Uhr Gesellschaftstanz
Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend bis 4 Uhr früh geöffnet.

Christian Hansen
Schweidnitzer Straße 16—18.
Weingroßhandlung
Weinstuben — Festsäle — Stadtküche

Achtung!
Billiges Angebot in neuen erstklassigen, geschlissenen
Bettfedern
Fertige Betten und Daunen
neue ungeschlissene Federn pro Pfd. nur 3,50 Mk. bei
P. Tiesler, Bettfedernspezialgeschäft.

Krieger-Verein Namslau
Sonnabend, den 24. Januar, 20 Uhr
findet bei Kamerad Schwuntek (Böhmwitz) unser
Winterfest
mit Theater und Ball
statt. Alle Kameraden nebst Angehörigen sind hierzu herzl. eingeladen.
Der Vorstand.

Evangelischer Gemeindeabend
am Freitag, den 23. Januar 1931, abends 8 Uhr
im Saal des Herrn Schwuntek
Vortrag:
Jugend in Not! Eltern heraus!
Pastor Heuser, Breslau.
Die Gemeinde ist herzlich eingeladen.
Eintritt frei!
Evangel. Pfarramt.
Pastor M. Langer.

All unseren zum Maskenfest am 31. Januar eingeladenen Freunden geben wir zur Kenntnis, daß die umlaufenden Gerüchte, wir würden RM. 3.— Eintrittsgeld fordern, unwahr sind.
Unabänderliche Tatsache ist, daß unser Eintrittsgeld auf RM. 1.50 für Herren und RM. 1.— für Damen festgesetzt wurde und bitten wir nach wie vor um gütigen Zuspruch.
Gegen den Verbreiter des üblen Gerüchtes werden wir strafrechtlich vorgehen.
Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband
Ortsgruppe Namslau.
Der Vorstand.

Lästig ist ein Schnupfen
nicht nur, sondern er beeinträchtigt Wohlbefinden und Arbeitsfreude.
Benutzen Sie ein Linderungsmittel, wie:
Formanwatte, Nasan, Chinosol Schnupfpulver, Risincreme, Po-Ho Taschen-Inhalator.
Oscar Tietze, Germania-Drogerie.

Zwangsversteigerung
Sonnabend, den 24. Januar 1931
vormittags 10 Uhr
werde ich im Weideschlösse
1 Billard
1 Posten halbfertige Möbel
1 Schreibmaschine
1 Geldschrank u. a. m.
zwangsweise versteigern.
Reimann
Ober-Gerichtsvollzieher in Namslau.

Zwangsversteigerung
Sonnabend, den 24. Januar 1931
vormittags 10 Uhr
werde ich im Weideschlösse
1 Geldschrank
2 Aktenböcke
zwangsweise versteigern.
Schramm
Justizobersekretär, Gerichtsvollzieher kr. A. Namslau.

Suche Schloßköchin, Stuben- und Küchenmädchen sowie Dienstmädchen für die Landwirtschaft und einen ledigen Molkereikutscher zum baldigen Antritt.
Thomas Stannek
gewerbsm. Stellenvermittler
Namslau
Peter-Paulstr. 6. Teleph. 280.

Inserieren bringt Gewinn

Achtung! Achtung!
Hausfrauen
So billig — So billig
nur bei
Paul Niewiem.
Hasenrücken nur 1.60
große Hasenrücken 1.95
Hasenkeulen 0.75
große Hasenkeulen 1.00
Hasenläufe 0.30
Heut zerlegte Gänse!
Reellste Bedienung nur bei
P. Niewiem
Vorkosthandlung.

Neuanlage doppelte Buchführung, Weiterführung, Bilanzen u. Steuer wird nach wie vor besorgt exakt, nicht teuer.
Anmeldung erbeten persönlich: Schützenstraße 23 I. Etg. 1. Tür rechts. Schriftlich: Schließfach 38
Hauptbuchhalterin M. Preuss.

3 starke
Bronzeputer
evtl. zur Zucht, hat abzugeben.
Fuhrmann
Reichen.